

Ausschussmitglieder finden Gefallen an einem Generationen-Park

WGA 14.10.

Im Sportausschuss ging es um mögliche Aufwertung der Hüpp-Anlage. Weitere Ideen gefragt.

Von Solveig Pudelski

Ältere Menschen stärken ihre Muskeln an „Outdoor-Geräten“ im Park und kommen nach dem Training auf einer

Bank mit anderen ins Gespräch – eine Idee, die eines Tages in der der Hüpp-Anlage Wirklichkeit sein könnte.

Denn die Vision eines Generationsparks, in dem Ältere

und Menschen mit Handicap aktiv werden und an Geräten Sport treiben können, kommt in der Politik gut an – das war zumindest der Tenor in der Sitzung des Sportausschusses, der über den entsprechenden Antrag der WNKUWG diskutierte, ihn aber am Ende mit wohlwollender Haltung in die Ratssitzung schob.

In Wülfrath haben viele mitgeholfen

Norbert Kellner (WNK/UWG) warb für das Vorhaben und nannte einige Städte, die ähnliche Parks bereits verwirklicht haben. Dazu zählt Wülfrath, wo im vergangenen Jahr der Generationenpark In den Banden eröffnet wurde, nachdem viele Bürger, Gruppen und Einrichtungen mitgeholfen hatten, eine spannende und abwechslungsreiche Spiel- und Bewegungslandschaft für alle Generationen zu schaffen. Er bietet Aufenthaltsqualität und fördert so auch die Kommunikation unter den Nutzen mitten in der City.

Mit diesem Vorteil kann auch die Hüpp-Anlage aufwerten. Die WNK/UWG möchte sie

aus dem Dornröschenschlag erwecken lassen. Weitere Ideen seien gefragt, „vielleicht kann man den Park als weiteren Punkt in das Interkommunale integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept aufnehmen“, regte Kellner mit Blick auf die Fördermöglichkeiten an, die am Montag im Hauptausschuss vorgestellt wurden.

Frank Kaluscha (Grüne) fand den Vorschlag „Generationenpark“ ohne Einschränkung gut, während Martin Bosbach (CDU) anregte, zunächst die planungsrechtlichen Voraussetzungen durch die Stadt prüfen zu lassen.

Außerdem möge sie auch die finanziellen Möglichkeiten prüfen, ergänzte Oliver Platt (Bürgerforum). Er schlug vor, den „Arbeitskreis Zukunft“ einzubinden. Den Einwand von SPD-Seite, dass Personal vorgehalten werden müsse, um die Menschen an den Geräten anzuleiten, ließ Norbert Kellner nicht gelten: In Wülfrath und auch in Frankfurt geht's auch ohne sie.



In der Hüpp-Anlage könnte ein Generationenpark entstehen.

Archiv-Foto: Karsten Mittelstädt

Politik begrüßt Idee eines Generationenparks

BH
13. 10.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Ältere Menschen stärken ihre Muskeln an „Outdoor-Geräten“ im Park und kommen nach dem Training auf einer Bank mit anderen ins Gespräch – eine Idee, die eines Tages in der der Hüpp-Anlage Wirklichkeit sein könnte. Denn die Vision eines Generationenparks, in dem Ältere und Menschen mit Handicap aktiv werden und an Geräten Sport treiben

können, kommt in der Politik gut an – das war zumindest der Tenor in der Sitzung des Sportausschusses, der über den entsprechenden Antrag der WNKUWG diskutierte, ihn aber am Ende mit wohlwollender Haltung in die Ratssitzung „schob“.

Norbert Kellner (WNKUWG) warb für das Vorhaben und nannte einige Städte, die ähnliche Parks bereits verwirklicht haben. Dazu zählt Wülfrath, wo im vergangenen Jahr der Generationenpark In den Ban-

den eröffnet wurde, nachdem viele Bürger, Gruppen und Einrichtungen mitgeholfen hatten, eine spannende und abwechslungsreiche Spiel- und Bewegungslandschaft für alle Generationen zu schaffen. Er bietet Aufenthaltsqualität und fördert so auch die Kommunikation unter den Nutzen mitten in der City.

Mit diesem Vorteil kann auch die Hüpp-Anlage aufwarten. Die WNKUWG möchte sie aus dem Dornröschenschlag erwecken las-

sen. Weitere Ideen seien gefragt, „vielleicht kann man den Park als weiteren Punkt in das Interkommunale integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept aufnehmen“, regte Kellner mit Blick auf die Fördermöglichkeiten an, die am Montag im Hauptausschuss vorgestellt wurden.

Frank Kaluscha (Grüne) fand den Vorschlag „Generationenpark“ ohne Einschränkung gut, während Martin Bosbach (CDU) anregte, zu-

nächst die planungsrechtlichen Voraussetzungen durch die Stadt prüfen zu lassen. Außerdem möge sie auch die finanziellen Möglichkeiten prüfen, ergänzte Oliver Platt (Bürgerforum). Er schlug vor, den „Arbeitskreis Zukunft“ einzubinden. Den Einwand von SPD-Seite, dass Personal vorgehalten werden müsse, um die Menschen an den Geräten anzuleiten, ließ Norbert Kellner nicht gelten: In Wülfrath und auch in Frankfurt geht's auch ohne sie.

WNK/UWG stellt Antrag zu Rathausfassade

Die Fraktion WNK/UWG stellt einen Antrag für den Ausschuss für Umwelt und Bau am 21. November. Es geht um die Rathausfassade. „Aus gegebenem Anlass, der nicht abreißen lässt über permanente neuerliche Verzögerungen, beantragen wir, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen“, schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Die Fraktion beantragt unter anderem, die Verwaltung zu beauftragen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, dass die Sanierung der Fassaden von Rathaus und Bürgerzentrum „unverzüglich und schnell zu Ende geführt“ werde. Zudem solle unabhängig von der Unterbringung der Flüchtlinge auch unverzüglich die Sanierung der Fassade des ehemaligen Polizeigebäudes umgesetzt werden. Rehse: „Eine Begründung des Antrags ist entbehrlich, die Situation um das Rathaus begründet den Antrag in sich.“ *WNK 12.10.*

WNKUWG fordert: Fassaden zügig sanieren *BN 12.10.*

WERMELSKIRCHEN (pd)

Die Fraktion der WNKUWG stellt einen Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Bau am 21. November zum Thema Rathausfassade und Flüchtlingsunterbringung. Angesichts der „nicht abreißen lässt über permanente neuerliche Verzögerungen“ bei der Sanierung beantragt sie, die Verwaltung zu beauftragen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, dass die Sanierung der Fassaden von Rathaus und Bürgerzentrum unverzüglich und schnell zu Ende geführt wird, damit das Gerüst entfernt und das Umfeld der Gebäude wieder ansprechend gestaltet und gepflegt werden kann. Unabhängig von der Unterbringung der Flüchtlinge solle auch unverzüglich die Sanierung der Fassade des ehemaligen Polizeigebäudes erfolgen. „Die Nutzung des Gebäudes zur Unterbringung von Flüchtlingen kann hierfür kein Hinderungsgrund sein; auch die Fassaden von Gebäuden, die von Deutschen bewohnt werden, werden eingerüstet und saniert“, schreibt die WNKUWG.



Henning Rehse (WNKUWG).

FOTO: PRIVAT

INFO

Zur Geschichte des Brunnens *BN 12.10.*

Idee In den Protokollen ist zu finden, dass sich bereits 1984 der Stadtverband der Jungen Union (JU) mit dem Thema der „Belebung der Carl-Leverkus-Straße“ beschäftigte und damit verbunden die Forderung nach dem Bau eines Brunnens stellte. Damals stand die Jugendorganisation der CDU unter der Führung von Jürgen vom Stein und Henning Rehse – letztgenannter ist heute Vorsitzender der WNKUWG-Ratsfraktion.

Umsetzung Die JU-Initiative griff die CDU im damaligen Stadtrat auf, Bürgermeister Heinz Voetmann und Stadtdirektor Siegfried Störte sorgten schließlich für die Installation des Brunnens.

Noch 2000 stellte die damalige WNK den Antrag, 5000 DM für die Sanierung des Brunnens im städtischen Haushalt 2001 bereit zu stellen.

Bergischer Löwe: Stadt soll sanieren

Seit Jahren ist unklar, wie es mit dem Restaurant Bergischer Löwe am Markt weitergeht (WGA-Bericht vom 21. Oktober). Doch eines ist zumindest für die Ratsfraktion WNK UWG klar: Die Fraktion werde dem Verkauf des Gebäudes ohne gastronomische Zweckbindung keinesfalls zustimmen, schreibt Henning Rehse an Bürgermeister Rainer Bleek.

Nach Auffassung der WNK UWG soll die Stadt als Eigentümer des Gebäudes die notwendigen Sanierungen durchführen und die Küche, wie von den derzeitigen Pächtern, Lars Röntgen und Astrid Spors, vorgeschlagen, umbauen, damit eine attraktive Außengastronomie am Markt stattfinden kann. Rehse wirft der Verwaltung vor, die seit langem bekannten notwendigen Maßnahmen zu verschleppen und dann als letzte Lösung den Verkauf vorzuschlagen.

Der Bergische Löwe sollte als Gastronomiebetrieb am Markt erhalten bleiben. Seine Fraktion habe aber auch nichts dagegen, wenn die Stadt das Gebäude in einem Bieterverfahren an den Meistbietenden verkauft – aber nur mit klarer Zweckbindung. » Standpunkt kam

STANDPUNKT

Löwe muss Lokal bleiben

Von Thomas Wintgen

Der „Bergische Löwe“ ist ein altherwürdiges Gebäude in Wermelskirchen. Zumal es – Mitte des 18. Jahrhunderts nach dem Stadtbrand erbaut – zu den ältesten Häusern der einstigen Dorfhonschaft zählt. Seit langer Zeit wird ein Teil des Erdgeschosses gastronomisch genutzt. Alte Wermelskirchener erinnern sich noch daran, dass sie früher – da war der Wochenmarkt noch auf dem Heinrich-Heine-Platz – erst zum Einkaufen gingen und dann auf ein, zwei Bierchen in den „Bergischen Löwen“; etliche blieben auch gleich, um die gutbürgerliche Küche des Ehepaars Braun zu genießen. Inzwischen sind Astrid Spors und Lars Röntgen auch seit ge-

fühlt vielen Jahren in der anhaltenden Phase der Unsicherheit. Problem: Es ist logistisch schwierig, die anlässlich des Umbaus Innenstadt geforderte Außengastronomie zu bewerkstelligen. Abgesehen davon ist seit Jahren klar, dass die Küche viel zu winzig und dass eigentlich stets zu bewundern ist, wie viele gute Essen Röntgen da raushaut. Zum Gesamteindruck des Marktes gehört der „Bergische Löwe“ einfach dazu – als Restaurant und vielleicht auch Café.

» Bergischer Löwe ...



thomas.wintgen
@rga-online.de



Die Zeit drängt – die Politik soll nun zeitnah ihre Vorstellungen äußern, wie es mit dem Baudenkmal Markt 10 weitergehen soll. Der Pachtvertrag mit den Restaurant-Betreibern läuft zum Jahresende aus.

FOTO: RADERMACHER (ARCHIV)

Markt 10 – verkaufen oder verpachten?

Stadt strebt beim Thema Zukunft des „Bergischen Löwen“ einen breiten Konsens an und bittet die Politik um eine Einschätzung. Die WNKUWG regt einen Verkauf mit Zweckbindung „Gastronomie“ und ein Bieterverfahren an. 04.10.10.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Wird im nächsten Jahr noch im „Bergischen Löwen“ gekocht und serviert? Die Weichen für die Zukunft des Restaurants und des Baudenkmals am Markt 10 wird die Politik wohl im November stellen müssen. Denn angesichts des nur bis Jahresende laufenden Pachtvertrages drängt die Zeit.

Mehrere Optionen stehen im Raum, wie Bürgermeister Rainer Bleek im Gespräch mit dieser Zeitung aufzeigte. Verkauf des städtischen Gebäudes – mit oder ohne Zweckbindung Gastronomie – oder Investitionen bei gleichzeitiger Anhebung des Pachtzinses. „Ich hoffe auf einen vernünftigen Konsens, denn hier handelt es sich um einen

„Wir können uns ein Bieterverfahren vorstellen“

Henning Rehse
WNKUWG

wichtigen Punkt für die Stadtentwicklung.“ Er erwarte nun die Einschätzung der Fraktionen zu diesem Thema. Die WNKUWG hat bereits reagiert.

Seit Jahren wird über die Zukunft des Baudenkmals diskutiert. Ideen wie eine Unterbringung von Flüchtlingen wurden wieder verworfen. Fakt ist, dass zum einen in die Gebäudesubstanz investiert werden muss, zum anderen Umbauten erforderlich sind, sollte das Objekt weiterhin einen Gastronomiebetrieb beherbergen. So hat das Kreisveterinäramt einen Maßnahmenkatalog erstellt, der zu erfüllen ist.

„Meine Fraktion wird dem Verkauf dieses Gebäudes ohne gastronomische Zweckbindung keineswegs zustimmen“, teilt Henning

Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, mit. Allerdings müssten die Investitionskosten bei einem Verkauf des Objekts bei Festlegung des Kaufpreises verrechnet werden. Die Stadt hatte eine Kaufpreiserwartung von 285.000 Euro angegeben. Bei den Investitionen ging die Dehoga von 365.000 Euro aus. Beides zusammen könne ein Gastronom kaum stemmen. Daher schlage die WNKUWG vor, die Stadt solle prüfen, ob die Immobilie für einen symbolischen Euro in Verbindung mit der gastronomischen Zweckbindung veräußert werden kann.

„Wir können uns ein Bieterverfahren vorstellen, bei dem jeder sein Angebot einreicht und derjenige den Zuschlag bekommt, der am meisten zu zahlen bereit ist“, so Rehse. Die Zweckbindung solle dabei bis zu 20 Jahre laufen.

Innerhalb der Verwaltung gebe es noch keine abgestimmte Meinung über die Zukunft des Gebäudes Markt 10, so Bleek. Ihm sei aber bewusst, dass es sich hier um eine exponierte Lage in der Innenstadt handelt, in der sich Außengastronomie geradezu anbiete. In Wermelskirchen werde sie sehr gut angenommen, das Geschäft scheine sich zu rentieren. Bleek: „Dafür haben wir ja den Markt umgebaut, die Konzession liegt vor.“ Doch bisher sei eine Außenterrasse in der warmen Jahreszeit noch nicht geöffnet worden.

Während die Fraktionen sich beraten, werde die Stadt parallel das Gespräch mit dem Pächter suchen. Sollte die Stadt in das Gebäude investieren, müsste sich das amortisieren. Schließlich habe die Stadt derzeit noch einige andere Investitionen zu bewältigen (Sekundarschule etc.). Rainer Bleek erinnert daran, dass das Haus dem Pächter bereits zum Kauf angeboten worden war, er habe es abgelehnt.

+ WGA
26.10.

Warteschlangen bei der BM Grünschnitt-Entsorgung 24.10.

WERMELSKIRCHEN (pd) Im Herbst wird der Garten winterfest gemacht, Es wird Laub gekehrt, Hecken und Sträucher werden geschnitten. Rasch türmen sich Gartenabfälle, die nicht in die Biotonne passen. Am Grünabfalltag bei der Grünabfallentsorgung gab es daher lange Warteschlangen und Wartezeiten von bis zu zwei Stunden.

Die WNKUWG reagierte auf einen Hinweis aus der Bevölkerung und stellt einen Antrag für die nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Bau sowie des Haupt- und Finanzausschusses: Die Entsorgung von Grünabfällen müsse optimiert werden, so die Ratsfraktion. Neben dem kleinen Zeitfenster für die Entsorgung gebe es auf dem Areal auch wenig Platz zum Entladen, zum

Wenden und Rangieren mit Pkw und Anhänger.

In Nachbarstädten wie Hückeswagen, Remscheid (Wertstoffhof) oder Burscheid sei es hingegen jederzeit möglich, Grünabfall mit dem Pkw oder Anhänger kostenlos zu entsorgen. Außerdem werden zu bestimmten Zeiten und in der „Hochsaison“ Groß-Container aufgestellt, in die Hobbygärtner die Abfälle los werden. Es sei zu klären, ob nicht auch in Wermelskirchen die Möglichkeit geschaffen werden sollte, dass Privatleute künftig jederzeit den Grünschnitt kostenfrei abgeben können sollten. Nicht nur Warteschlangen würden so vermieden, sondern auch die Gefahr eingedämmt, dass der Grünschnitt illegal im Wald abgekippt wird.



Lange Schlangen bildeten sich am Samstag vor dem Platz zur Grünabfallentsorgung. Dort wurde es auch beim Rangieren eng.

FOTO: PRIVAT

Grünabfälle türmen sich Bürger haben Probleme bei Entsorgung. 1064 24.10.

Im Herbst wird der Garten winterfest gemacht, rasch türmen sich Gartenabfälle, die nicht in die Biotonne passen. Am Grünabfalltag bei der Grünabfallentsorgung gab es am Wochenende lange Warteschlangen und Wartezeiten von bis zu zwei Stunden.

Die WNK/UWG reagiert auf einen Hinweis aus der Bevölkerung und stellt einen Antrag für die nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Bau sowie des Haupt- und Finanzausschusses: Die Entsorgung von Grünabfällen müsse optimiert werden, so die Rats-

fraktion. Neben dem kleinen Zeitfenster für die Entsorgung gebe es auf dem Areal auch wenig Platz zum Entladen, zum Wenden und Rangieren. In Nachbarstädten wie Hückeswagen, Remscheid (Wertstoffhof) oder Burscheid sei es hingegen jederzeit möglich, Grünabfall mit dem Pkw oder Anhänger kostenlos zu entsorgen. An. Es sei zu klären, ob nicht auch in Wermelskirchen die Möglichkeit geschaffen werden sollte, dass Privatleute künftig jederzeit den Grünschnitt kostenfrei abgeben können sollten.

pd

WNK/UWG will preiswerten Wohnraum

Immer mehr Menschen finden keine günstige Bleibe. Das bereitet den Ortopolitikern Sorge.

Von Merlin Bartel

Die WNK/UWG fordert von Stadt und Politik konkrete Planungen, um preiswerten Wohnraum zu schaffen.

In entsprechenden Anträgen an den Ausschuss für Stadtentwicklung engagiert sich die Fraktion für die zukünftige Versorgung mit sozialem Wohnungsbau: Durch ein neues Planungsrecht soll eine Quote von 20 Prozent aller Flächen für Wohnbaugelbiete ver-

bindlich auf sozialen Wohnungsbau entfallen. Die Finanzierung soll durch Land und Bund gefördert werden.

Hintergrund sei, dass immer weniger Menschen preisgünstige Wohnungen finden. Dabei sind vor allem Ein-Personen-Haushalte, kinderreiche Familien, Arbeitslose und Senioren auf diesen bezahlbaren Wohnraum angewiesen, heißt es im Antrag. Die Neuregelung soll für neu ausgewiesene Baulandflächen gelten, auf denen

mehr als zehn Häuser gebaut werden. Siedlungsflächen, die für Einfamilien- und Doppelhäuser bestimmt sind, sind nicht betroffen. **WNK 27. 10.**

Verwaltung soll bestehende Bebauungspläne nachverdichten

Die Anträge der WNK/UWG sehen die Entstehung weiteren Sozialbauten vor: Dafür solle die Verwaltung bereits bestehende Bebauungspläne „nachverdichten“. Auch hier sollen rund 20 Prozent der Wohnungen durch einen Mietabschlag von mindestens 20 Prozent als preiswerter Wohnraum angeboten werden. Dies könne über eine einfache Ausstattung erreicht werden, so die Fraktion.

Der Antrag sieht vor, städtische Mieteinnahmen zu verwenden. Neben den Wohnungsmieten stellen für die WNK/UWG auch die stark gestiegenen Nebenkosten ein Problem dar. Hier sieht die Fraktion die Stadt als Miteigentümer öffentlicher Versorgungsbetriebe in der Pflicht: Bei Diskussionen über Steuer- und Abgabenerhöhungen solle sie in Zukunft Auswirkungen

auf die Mieten nennen. Die Region wächst. Steigende Bevölkerungszahlen rechtfertigen für die Wählergemeinschaft neue Wohnraumplanung. Deshalb beantragt sie, dass das integrierte Handlungskonzept nach Vorgabe des NRW-Verkehrsministeriums sowie die Abstimmungen mit der Bezirksregierung zur Aufstellung des Regionalplans hinsichtlich möglicher Flächenreserven in die Planungen miteinfließen.

Die Wählergemeinschaft hebt zudem die Rolle der beteiligten Akteure hervor: Die Versorgung mit preiswertem Wohnraum werde nur gelingen, wenn die Stadt etwa mit Bauvereinen und örtlichen Bauunternehmern spreche. Nur gemeinsam könne eine Strategie in Wermelskirchen funktionieren. Ziel der Maßnahme sei jedoch nicht, dass damit „Sozialfälle“ aus umliegenden Kommunen nach Wermelskirchen geholt werden, teilt die Fraktion mit. Die Verwaltung solle eine entsprechende Steuerungsmöglichkeit erarbeiten. **» Standpunkt**



An der Wielstraße entstand eine Mehrgenerationen-Haus. Das könnte ein Beispiel für weitere Projekte sein.

Foto: Roland Keusch

STANDPUNKT

Wohnraum ist knapp

Von Anja Carolina Siebel

Natürlich gibt es Wohnraum in Wermelskirchen. Wie in vielen anderen Städten auch hat der aber seinen Preis. Wer den zahlen kann, hat die Wahl. Wer knapp bei Kasse ist, hat häufig das Nachsehen. Es sicher nicht so, als hätte niemand vorausgeplant. Die Immobilienbranche lebt schließlich davon, dass sie langfristig plant. Stadtentwickler tüfteln seit Jahren aus, wie viel Wohnraum das Land wohl braucht. Das Problem ist nur: Planung und Realität passen momentan so wenig zueinander wie lange nicht mehr – auch angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen, die ebenfalls Wohnungen benötigen. Bei der Schaffung sozialen Wohnraums geht es aber nicht nur um Flüchtlinge. Sicher müssen die Menschen, die jetzt noch als Ge-

flüchtete in die Kleinstadt kommen, menschenwürdig untergebracht werden. Aber es geht auch um viele andere Bürger. Alleinerziehende mit wenig Spielraum zum Beispiel – oder Senioren mit kleiner Rente. Der Vorschlag, auf Bestände zurückzugreifen und diese nachhaltig zu nutzen, ist sicher sinnvoll. Denn bis neue Sozialwohnungen entstehen, vergehen unter Umständen Jahre. So viel Zeit bleibt aber nicht, wenn man sich den Bedarf heute anschaut. Verwaltung und Politik müssen rasch Lösungen entwickeln.

» WNK/UWG will preiswerten Wohnraum ...



anja.siebel
@rga-online.de

+ BM 26. 10.